

Mormwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Das Landessteuergesetz gescheitert.

Die Beratungen des Landessteuergesetzes im Steueraus- schuß des Reichstages, die vor Weihnachten begonnen wurden, sind seit dieser Zeit nicht viel vom Fleck gekommen. Das Kern- stück des Gesetzes, die Erhöhung der Umsatzsteuer von 2 auf 2½ Proz., war das heiße Eisen, vor dem sich auch die bürger- lichen Parteien scheuten. Die Sozialdemokratie hatte von An- fang an erklärt, daß sie die Erhöhung der Umsatz- steuer wegen der ungeheuren wirtschaftlichen und sozialen Folgen nicht tragen könne. Die bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme drückten sich um eine Stellungnahme herum. In der ersten wie in der zweiten Lesung wurde die Abstim- mung ausgefällt.

In der heutigen Sitzung des Steueraus- schusses ist nun die Entscheidung gefallen. Das Zentrum, das am Donnerstag abend in einer stürmischen Fraktionsitzung sich mit der Umsatzsteuer beschäftigt hatte, ließ durch den Abg. Herold erklären, daß auch ihm die Zustimmung der Erhöhung der Umsatzsteuer nicht möglich sei. Daraufhin erklärte Staatssekretär Japs, daß der Reichsfinanz- minister Hermes angesichts dieser Sachlage die Stellungnahme des Kabinetts für notwendig halte, das sich darüber klar werden müsse, ob die gesamte Vorlage aufrechterhalten werden solle oder nicht. Abg. Herold (Dnat.) beantragte nunmehr die Vertagung der Ber- handlungen des Ausschusses. Im Auftrage des Reichsrates erklärte der preussische Vertreter, daß eine Vertagung des Landes- steuergesetzes für Gemeinden und Länder untragbar sei, das Gesetz sei der letzte Rettungsanker für die sonst zugrunde gehenden Gemeinden. Die Verantwortung für den drohenden Untergang der Gemeinden trage der Reichstag.

Für die Sozialdemokratie erklärte Genosse Rahmann: Eine Ver- anlassung für die Zurücknahme der gesamten Vorlage liege nicht vor. Unsere Stellungnahme zur Umsatzsteuer sei von vornherein bekannt gewesen. An Stelle der Umsatzsteuer habe die Sozialdemokratie Beteiligung der Gemeinden an der Kohlensteuer beantragt. Auch die stärkere

Heranziehung der Besitzenden zur Zwangsanleihe.

Heranziehung der Besitzenden zur Zwangsanleihe, ebenso wie die Beschleunigung der Steuereinzahlung seien gangbare Wege für die Rettung der Gemeinden. Die An- kündigung der Regierung über die Zurückziehung der Vorlage sei ein Zeichen für ihre Schwäche gegenüber den Besitzenden. Das Finanzministerium müsse Vorschläge machen, wie die abgelehnte Umsatzsteuer ersetzt werden könne.

Keine Ruhrkohle für Deutschland.

Verbot der Kohleneinfuhr.

Paris, 1. Februar. (WTB.) Die französische Regierung hat am späten Nachmittag dem deutschen Geschäftsträger Botschaftsrat von Hoch eine Verbalnote überreicht, in der auf die angeleg- lichen Verfehlungen Deutschlands gegenüber Frankreich und Belgien, die die Reparationskommission am 16. und 26. Januar 1923 fest- gestellt haben will, hingewiesen und im Anschluß daran mitgeteilt wird, daß vom 1. Februar ab keine Kohlen- und Koks- ein- fuhren aus der besetzten Zone in das übrige Deutschland ausge- führt werden könnten.

Paris, 1. Februar. (WTB.) Wie die Agence Havas meldet, ist die Einstellung der Kohlen- und Kokslieferungen aus dem Ruhr- gebiet nach dem übrigen Deutschland gestern am Witternacht in Kraft getreten. Von 12 Uhr ab werde nur noch das Brennmaterial nach Italien weiter durch das unbesetzte Deutschland gehen. Bei Abgang und Ankunft werde eine Kontrolle ausgeübt werden, um Unregelmäßigkeiten, die vorkommen könnten, festzustellen.

Paris, 1. Februar. (EE.) Marcel Hutaïn vom „Echo de Paris“ hatte mit einem der Minister, die dem Ruhrministerial- komitee angehören, eine Besprechung, in der ihm erklärt wurde, daß zur Abschneidung der Kohleneinfuhr nach Deutschland alle Kon- trollelemente in französischer Hand seien. Die Kohlen nach Stolten würden abgehandelt werden, doch würde genau kontrolliert werden, ob sie wirklich nach Italien abgingen. Bis auf neue Befehle wür- den Hüge oder Rüben, die andere Dinge als Kohle für Deutschland enthalten, durchgelassen werden; doch soll die Schraube stärker an- gezogen werden, wenn die Haltung Berlins Frankreich dazu zwingen sollte. Die Lage im Ruhrgebiet habe sich nicht geändert, von einigen lokalen Streiks abgesehen. Die Bergarbeiter seien in Tätigkeit, und es solle alles geschehen, um sie zur Weiterarbeit zu veranlassen. Der Bericht Costes könne das Vertrauen zum Enderfolg nicht mindern.

Spende der holländischen Eisenbahner.

Rotterdam, 1. Februar. (WTB.) „Nieuwe Rotterdamse Courant“ zufolge hat das Personal der holländischen Eisenbahn den Betrag von 6000 Gulden, etwa 120 Millionen Mark, für die Kin- der deutscher Eisenbahnangestellten gesammelt.

Internationaler Protest.

Prag, 31. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der gewalttätige Einbruch der Franzosen ins Ruhrgebiet und die ungeheure Gefahr eines neuen blutigen Konfliktes in Europa, die daraus entstand, hat auch die Arbeiterschaft in den deutschen Gebieten der Tschecho- slowakei zu machtvollstem, leidenschaftlichem Protest auf den Plan gerufen. In vielen Städten Böhmens und Schlesiens haben bereits in den letzten Tagen sozialdemokratische Versammlungen mit der Tagesordnung „Die Befreiung des Ruhrgebietes — eine Friedens- gefahr für Europa“ stattgefunden. Die Versammlungen wiesen überall einen überaus starken Besuch auf. Die ganze Kraft

Sofort nach Rahmann erhob sich der Staatssekretär Japs, um zu erklären, daß der

Weg der Zwangsanleihe nicht gangbar

sei. Die Zwangsanleihe sei für die Sachlieferungen bestimmt und sei außerdem nur eine einmalige Steuer.

Nachdem noch Abg. Dr. Scholz (D. Sp.) erklärt hatte, daß auch seine Fraktion angesichts der Haltung des Zentrums nicht für die Umsatzsteuer eintreten werde, erklärte Genosse Herz, das Ver- halten des Finanzministeriums sei nicht nur eine Schwäche gegen- über den Besitzenden, sondern auch ein Ultimatum gegenüber denen, die die Umsatzsteuer für katastrophal halten. Bei der Ermäßigung der Einkommensteuer, wo auch die Regie- rungsvorlage von den bürgerlichen Parteien abgelehnt worden war, habe das Finanzministerium keinen ernsthaften Widerstand geleistet. Der Ausweg der Zwangsanleihe sei möglich und sei der beste Weg zur Rettung der Gemeinden. Dem Steuerstandal bei der Heranziehung des Sachbesitzes zur Zwangsanleihe, den die Geldwertung ungeheuer gesteigert habe, müsse ein Ende bereitet werden. Wenn man ferner für eine schnellere Einziehung der Steuern Sorge, dann habe man zwei Möglichkeiten, die den besten Erfolg für die Erhöhung der Umsatzsteuer darstellen.

Eine eingehende Stellungnahme zu der durch die Ber- handlungen im Steuerauschuß geschaffenen Sachlage behal- ten wir uns vor. Trotzdem muß bereits in diesem Augenblick gesagt werden, daß die Sozialdemokratie alles getan hat, um die Gemeinden zu schützen. Wenn sie jetzt durch die Aus- setzung der Verhandlungen über das Landessteuergesetz in die schwerste Bedrängnis geraten, so ist das die Schuld der bürgerlichen Parteien und der bisherigen Steuer- und Finanzpolitik. Wo der Besitz in Frage kam, schont man, während man den Verbrauch auf das stärkste belastete. Diese weitere Belastung verpricht keine Rettung für die Gemeindefinanzen, bringt dafür aber Untergang für Millionen Rentner, die freien Berufe und die Lohn- und Gehaltsempfänger. Die bürgerlichen Parteien lassen jedoch lieber die Gemein- den zugrunde gehen, ehe sie sich zu einer Belastung des Besitzes entschließen. Wie gerecht der Ausweg bezüg- lich der Zwangsanleihe wäre, den die Sozialdemokratie im Steuerauschuß vorgeschlagen hat, das mögen unsere Leser in der heute morgen von uns wiedergegebenen Aufstellung über die Steuerkurse und die tatsächlichen Kurse der Wert- papiere erkennen.

des deutsche Proletariats in diesem Staate wird lebendig, um das ungeheure Unglück eines neuen Krieges zu verhindern. Wahre Massenversammlungen fanden vor allem in Westböhmen statt. Die Kundgebung in Karlsbad gestaltete sich zu der größten Massentendgebung, die jemals in einem geschlossenen Raum dieser Stadt getagt hat. Genosse Hillebrand geißelte in scharfen Worten die „nationalen“ Reaktionen. In Westböhmen fanden weitere Versammlungen in Falkenau, Marienbad und Fießen bei Eger statt, in Nordwestböhmen Demonstrationsoberformungen in Duz, Bilin und Tepitz. In Tepitz sprach Senator Gen. Rie- zner die Hoffnung aus, daß die internationale Arbeiterbewegung den Ausweg aus der gefährlichen Situation bringen werde. Schließlich wurden Versammlungen in den schlesischen Städten Jägerndorf, Freudenthal, Würbenthal und Troppau abgehalten. Der bisherige Verlauf der Versammlungssation, die noch nicht abge- schlossen ist, hat bewiesen, daß die deutsche Arbeiterschaft der Tschecho- slowakei mit den Arbeitern Deutschlands und insbesondere jenen des Ruhrgebietes sympathisiert und daß sie auf dem Boden der Beschäfte der internationalen Konferenzen von Frankfurt und Am- sterdam steht, die das Proletariat aller Länder zum unermüdbaren Kampf gegen den Imperialismus aufgerufen haben.

Löwen, 1. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Gestern abend fand hier eine von der Sozialistischen Arbeiterpartei Belgiens einberufene große Volksversammlung statt, an der über 2000 Per- sonen teilnahmen. Nach Referaten der Genossen Doms, de Brouckere und huysmans wurde eine Entschliessung an- genommen, die Einspruch gegen das im Ruhrgebiet eingeführte Militärregiment erhebt und eine den Frieden und die Reparationen sichernde konstruktive Politik unter den Auspizien des Völkerverbundes verlangt.

Dollar 42 000!

Die Nachricht, daß die Reichsregierung beabsichtige beabsichtige, zur Unterdrückung der spekulativen Auswüchse des Devisengeschäfts energische Maßnahmen zu ergreifen, hat einen leichten Rückschlag am Markt der ausländischen Zahlungsmittel zur Folge gehabt. Es kommt hinzu, daß auch New York gestern einen festeren Markkurs meldete. Die Reichsbank benutzte heute diese Gelegenheit, um während der Feststellung der amtlichen Devisenkurse durch Abgabe einen Druck auszuüben. Der Erfolg dieser Aktion ist jedoch nicht groß geworden. So gelang es, die Parität des englischen Pfunds auf 193 000 herabzudrücken. Vor und nach der amtlichen Notierung wurden jedoch Auszahlungen in Lon- don zu bedeutend höheren Kursen gehandelt. Der Dollar stellte sich nach Ablauf der ersten Börsensunden auf 42 000. Ein offi- zieller Effektentwurf ist heute nicht statt. Wie eine Nach- frage bei den Banken ergibt, liegen nennenswerte Verkaufsaufträge bisher nicht vor. Das Publikum hält anscheinend an seinem Effektent- behr fest. Allerdings dürfte die stürmische Aufwärtsbewegung vor- läufig beendet sein.

Die fascistische Nebenregierung.

Die bayerische Staatsregierung ließ am 30. Januar abends in der „Bayerischen Staatszeitung“ nochmals fest- stellen, daß von nationalsozialistischer Seite „in aller Form mit Gewaltanwendung und Beseiti- gung der Regierung gedroht wurde, wenn den Wünschen der nationalsozialistischen Parteileitung nicht Rech- nung getragen werde“. Trotzdem hat Herr Rorß, der Polizei- präsident von München und zugleich „Staatskommissar für München-Stadt“, mit den nationalsozialistischen Hauptlingen unterhandelt, den Wünschen ihrer Parteileitung Rechnung getragen und die bereits verbotene fasci- stische Demonstration in den Straßen Münchens zu- gelassen. Die Sache war sehr ernst, denn die große Gönnerin der fascistischen Bewegung in München, die „Münchener Neuesten Nachrichten“, gibt selbst zu, „daß vaterländische Kreise ohne Rücksicht auf die Gefährdung ihrer Popularität für den äußersten Fall sich zur Vermeidung von Zwischenfällen bereit hielten“.

Diese vaterländischen „nationalaktiven Kreise“, „bewährte und verehrte Führer der nationalen Bewegung“, nahmen nun nach den „Münchener Neuesten Nachrichten“ über den Kopf der Regierung hinweg den „Ausgleich in die Hand“ und „retteten“ so „die aufs äußerste zugepflohte Situation“. Bayern erfreut sich also einer sehr einflussreichen Neben- regierung, die der feierlich eingesehten Regierung ein- fach in die Parade fährt!

Die „bewährten und verehrten Führer“ sind aber die aus- gesprochenen Förderer der fascistischen Be- wegung in München, die Herren Rahr, Dr. Roth und der Polizeipräsident Rorß. Die grüne Polizei des Herrn Rorß hat jüngst fast tatlos zugehört, als Faschisten in einem Hotel vandalisch plünderten und wertvolle Gegenstände stahlen. Sie hat wirklich einen Menschen gepackt, dem die ge- stohlene silberne Gabel, die er „nur als Andenken“ an „diese „patriotische“ Rettungsaktion mitnehmen wollte, direkt aus der Tasche herauslugte.

Herr Rorß hat die Jünger des Kapitäns Ehr- hardt, mit denen Böhner den ganzen Polizeiapparat durch- sehte, nicht aus ihren einflussreichen Stellungen entfernt. Am 7. November 1921 stellte die „Münchener Post“ fest, daß zu den nationalsozialistischen Sturmtruppen der Polizeiwachmeister Hamm gehöre. Der gleiche Hamm habe mit verabredet, einen vermeintlichen Demun- zianten der Nationalsozialisten bei einer Versammlung niederzurennen und totzutreten.“

Weder der Münchener Polizeipräsident noch der Herr Hamm haben die „Münchener Post“ zu verlagen gemagt.

Am 11. Juli 1922 richtete die „Münchener Post“ eine Reihe sehr ernster Gewissensfragen an den Grafen Verchen- feld, darunter auch diese:

„Im Frühjahr 1921 fand eine Ausschussitzung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei statt, in der Pläne zur Ermordung Erzbergers be- raten wurden. Die Tat sollte ausgeführt werden anläßlich eines Vortrages, den Erzberger während seiner damaligen Vortragsreise in München halten sollte. Ueber die Rollenverteilung wurde man sich jedoch nicht einig. Die größten Heher, darunter auch der 2. Vor- sitzende der Partei, Oskar Körner (derselbe, der den Ueberfall auf den Abgeordneten Saenger ausübte), versuchten andere vorzu- schieben. Die beiden Angekligten Frank, Lindwurmstr. 51, Mün- chen, und Schüller, Ziehländstr. 41, München, erklärten das als eine „leige, niederträchtige Handlung“ und lehnten ab, bei der Sache mitzutun. An dieser Sitzung nahmen teil der damalige 1. Vor- sitzende Anton Drexler, der 2. Vorsitzende Körner, die Aus- schußmitglieder Emmer, Angerermeier, Michl, Niede- wie Schüller. Ebenfalls wurde ein Plan beraten zur Ermor- dung des Reichsministers Rathenau. Dazu sollten einige Leute nach Berlin fahren. Der Treiber bei diesen Verhehungen war Adolf Hitler. Er wandte die Vor- sicht an, seinen Freund Körner vorzuschicken und als Sprachrohr zu be- nutzen. Der Polizei wurde hiervon Mitteilung ge- macht; was ist geschehen?“

Ja, was ist geschehen? Nichts!

Am 30. Januar 1923 fragte die „Münchener Post“ Herr Rorß, ob es richtig sei, daß die Polizei erfahren habe, daß „Sturmtruppenghörige der Nationalsozialisten Mitte Januar ein Attentat auf Scheidemann unter sich erörtert haben und dabei zu einem sehr positiven Programm gekommen“ seien. Herr Rorß mußte zugeben, daß ein Mitglied dieser Partei allerdings den Entschluß gefaßt habe, ein Attentat auf Scheidemann zu verüben, daß es aber von seinem Entschluß abgekommen sei. Herr Rorß ließ diesen Mann frei, „da ihm nichts Strafbares nachzu- weisen war“. Rorß ist der Mann, der in München über den Kopf des Ministers Schweyer hinweg den Fascismus über die bayerische Staatsregierung trium- phieren ließ.

Dem Genossen Scheidemann in Kassel sind in jün- ger Zeit von verschiedenen amtlichen Stellen aus ganz offiziell neue Warnungen vor beabsichtigten Attentaten zu- gegangen. In einem Falle handelt es sich um gewisse Vor- bereitungen in Hamburg, in dem zweiten Falle um Mit- teilungen aus Berlin. Eine dritte offizielle War- nung für Scheidemann, so wird uns aus dem Rathaus mit- geteilt, ist aus München eingelaufen. Sie warnt vor einem Münchener Studenten. Genosse Scheidemann gibt jedoch

im „Berliner Tageblatt“ den Wortlaut der Münchener Warnung bekannt. Sie lautet:

München, den 20. Januar 1923.

Der Polizeidirektion ist bekannt geworden, daß der erst vor kurzem in München zugereiste und bei der Universität immatrikulierte stud. jur. Karl B., geboren 21. März 1901 in Bismar, hier, Hohenzollernstr. 77/2 wohnhaft, die Absicht habe, Ende dieses Monats den Herrn Oberbürgermeister Scheidemann in Kassel zu ermorden. Bei seiner am 19. Januar 1923 erfolgten polizeilichen Einvernahme gab B. zu, daß er tatsächlich ohne Einfluß dritter Personen, die Absicht hatte, Herrn Oberbürgermeister Scheidemann zu ermorden. Hinsichtlich der Ausführung der Tat hatte er sich angeblich am 18. Januar 1923 mit dem in Berlin wohnhaften und am 18. Januar 1923 in München anwesend gewesenen Oberleutnant a. D. Rößbach vor dessen Rückfahrt nach Berlin am Bahnhof besprochen und ihn um Rat befragt. Nachdem B. ihn entschieden abriet und erklärte, daß er jeden, der heute eine solche Tat ausführen werde, selbst erschießen werde, habe B. unter ehrenwörtlicher Zusage dem R. gegenüber seinen Plan ausgegeben.

Obwohl B. auch hier die feste Zusage abgegeben hat, daß er seinen Plan vollständig ausgegeben habe, möchte ich nicht verfehlen, von dem Vorfall Kenntnis zu geben. Erwähnt sei noch, daß nach den eigenen Angaben des B. gegen ihn zurzeit ein Verfahren wegen Begünstigung der Rathenau-Mörder beim Landgericht Schwerin anhängig sei.

Die Münchener Polizeidirektion hält es also für nötig, den Bedrohten ausdrücklich zu warnen. Aber gleichzeitig entläßt Herr Rorß in München den zum Mord bereiten Burschen aus der Haft, damit er zu gelegener Zeit auf seinen Plan zurückkommen kann. Es fehlte etwas an dem Gesamtbilde, wollte man nicht darauf hinweisen, daß die Polizei des „Staatskommissars“ Rorß das „Ehrenwort“ des Mordbuben für irgendwie wichtig und glaubwürdig hält.

Rnilling entschuldigt sich.

München, 1. Februar. (W.B.) Im Haushaltsausschuß des Landtages hat heute vormittag Ministerpräsident Dr. von Rnilling die angeforderte Erklärung über die Verhängung des Ausnahmezustandes gegeben. Er gab einleitend eine Darstellung der Vorgeschichte und betonte dabei, auf Grund amtlicher Niederschrift, daß Hitler am Donnerstagabend vor dem Polizeipräsidenten ernsthafte Drohungen ausgesprochen habe, als man ihm eröffnete, daß alle Veranstaltungen unter freiem Himmel verboten würden. Hitler habe erklärt, seine Fahnenweihe finde unter allen Umständen auf irgendeinem freien Platze statt. Die Regierung könne schießen, wenn sie wolle. Der erste Schuß werde aber eine rote Blut auslösen und was dann komme, werde man sehen. Binnen zwei Stunden sei die Regierung erliebig. Hitler habe geschlossen: „Bei Philipp! Ich bin wieder.“ Am nächsten Morgen hätte der Vertreter der Nationalsozialistischen Partei dem Minister Schwenker gegenüber ähnliche Drohungen ausgesprochen. Der Ministertrat kam deshalb zu der einseitigen Auffassung, daß die Regierung sich eine derartige Auslegung nicht bieten lassen dürfe und nicht auf die Geltendmachung der Staatsautorität verzichten könne. Deshalb wurde einstimmig die Verhängung des Ausnahmezustandes beschlossen. Dieser Beschluß war ohne jede Einwirkung von sozialdemokratischer Seite zustande gekommen. Es ist falsch, daß auf den Minister des Innern von der Reichsregierung ein Druck in der Richtung eines Eingriffes gegen die Nationalsozialisten ausgeübt worden sei. Bei der nunmehrigen Beurteilung der Vorgänge muß man ausgehen von der Sachlage, wie sie am Donnerstagabend und Freitag vormittag gegeben war. Die nationalsozialistische Bewegung, deren vaterländischer Kern anerkannt wird, ist seit langem in ein für die öffentliche Ordnung außerordentlich empfindliches Fahrwasser geraten.

Eine Menge von Einzelansetzungen und gewalttätigen Beleidigungen Andersdenkender, schwere Ausbrüche und unerlaubte Durchzüge durch den Banntreis, haben sich in den letzten Wochen ereignet, wozu noch der geübliche Landfriedensbruch im Hotel Grünwald kam. Sollte das alles nicht ausreichend sein, um der Regierung die Pflicht aufzuerlegen, durch Verhängung des Ausnahmezustandes in den Besitz der unentbehrlichen Befugnisse zu kommen, um für alle Fälle gerüstet zu sein? Unverkennbar war die psychologische Wirkung des Ausnahmezustandes die, daß eine gewisse Beruhigung geschaffen wurde. Ich will die Erklärung Hitlers gelten lassen, daß von vornherein Fußschießen nicht bestanden. Aber wer möchte eine unbedingte Gewähr dafür übernehmen, daß während einer dreitägigen Massenveranstaltung explosive Erschütterun-

gen sich nicht einstellen, zumal eine große Anzahl auswärtiger Teilnehmer zu erwarten war. War doch die Befürchtung gerechtfertigt, daß wir möglicherweise eine Neuauflage jener

unseligen Novembertage 1918

erleben, wo auch nicht die Münchener, sondern auswärtige Zuzügler Herren der Straße waren. Wer wagt es, zu behaupten, daß ohne Verhängung des Ausnahmezustandes, dessen dämpfende und einschränkende Wirkung unerkennbar war, alles so verlaufen wäre, wie es jetzt der Fall war. Ich bitte ferner, den Einfluß der Regierung im Zusammenhang mit der innen- und außenpolitischen Lage zu würdigen. Welches Schauspiel wäre es für die Franzosen geworden, wenn sich in München gewalttätige Ausschreitungen ereignet hätten. Das Vorgehen der bayerischen Regierung hat bei der Reichsregierung volles Verständnis gefunden und die bayerische Regierung ist der Reichsregierung nicht in den Rücken gefallen! Wohl aber lag die Möglichkeit vor, daß das seitens der nationalsozialistischen Bewegung geschehen würde. Der Ministerpräsident betonte dann ferner, daß am Freitagabend Hitler vor der Polizeidirektion Erklärungen abgegeben hat, die, wenn sie am Tage vorher abgegeben worden wären, es kaum nötig gemacht hätten, zur Wahrung des Ausnahmezustandes zu schreiben.

Nachdem die Veranstaltung stattgefunden hat, konnte wohl die Auffassung herrschen, daß Hitler alles erreicht habe, was er ursprünglich gewollt hat und daß er auf der ganzen Linie triumphiert habe. Die Sache verhält sich aber doch wesentlich anders. Wäre der Ausnahmezustand nicht gekommen, hätten wir erleben müssen, daß die Nationalsozialisten sich als unbefruchtete Herren Münchens gebärdet hätten. Der Ministerpräsident sagte dann über das

Verhalten des Polizeipräsidenten,

der im Gegensatz zu der Auffassung des Ministers des Innern weitergehende Zugeständnisse machte, daß sich der Polizeipräsident in einer Lage befunden habe, wie etwa ein Unterführer, der im Kriege an exponierter Stellung steht und nach pflichtgemäßem Ermessen seine Entscheidung zu treffen hat.

Anstatt dem Landtag und der Öffentlichkeit Aufklärung zu geben, warum der Ausnahmezustand gegen die Hitler-Garden nicht angewandt wurde, nachdem er gerade wegen ihrer frechen Drohungen verhängt war, behilft sich der Ministerpräsident damit, um Entschuldigung wegen eben der Erklärung des Ausnahmezustandes zu bitten. Bei Gott, es war nicht böse gemeint.

Verboten bleiben auf Grund des Ausnahmezustandes die sozialdemokratischen Versammlungen und das kommunistische Blatt. Die Faschisten können treiben, was sie wollen, wenn sie sich nur rechtzeitig mit dem „Unterführer“ Rorß verständigen. Hoffentlich macht der Reichstag durch diese Rechnung einen Strich.

Sitzung des Parteiausschusses.

Der Parteivorstand hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, im Laufe der nächsten Woche den Parteiausschuß und an einem folgenden Tage die Redaktionen der Parteipresse zu einer Besprechung der politischen Lage nach Berlin einzuladen.

Der kommunistische Parteitag.

Wehr denn je leben die Auseinandersetzungen auf dem kommunistischen Parteitag im Zeichen der heftigsten Auseinandersetzungen zwischen den beiden Richtungen, der Richtung der Zentrale und der Berliner Opposition. Im Mittelpunkt der Debatten am Dienstag das temperamentvolle Referat Klara Zetkins, gegen die Ruth Fischer als Wortführerin der Linken opponiert.

Klara Zetkin wirft der Opposition vor, daß sie die 21 Bedingungen verleihe, weil sie sich der Kontrolle der Partei entziehe durch Bildung von Fraktionen und eigenen Organen. (Natürlich innerhalb der SPD.) Die Berliner Bewegung habe die Betriebsbewegung sabotiert, sie habe erklärt, man könne den Berliner Arbeitern nicht zumuten, den Himmelfahrtstag dafür zu opfern. Es gäbe nur eine Gefahr des Bolschewismus, hinter den sich die Passivität verberge. Die Spatzen piffen es in Berlin von den Dächern, was die Berliner mit ihrer Fraktionsbildung beabsichtigen. Sie fordert die Opposition auf, die Waffe gegen den Feind zu richten. (Und nicht gegen die Partei!)

Als der Vorsitzende den Schlüsselpunkt der Zetkinschen Rede benutzte, um ein Hoch auf Klara Zetkin ausbringen zu lassen,

Belmoerkant. Aber zwei alte Weibchen tuscheln zusammen über die Leuzerung, sie haben keine Dohlen und keine fetten Schweine, sie haben auch kein Interesse an dem Raufkrieg gegen Frankreich, den soeben ein narbengeschmückter Jüngling verkündet, sie wissen nur, daß ihr kleines bescheidenes Leben durch stumme und grausame Gewalt zerstört wird, gegen die ihre schwache Kraft keine Hilfe weiß. „Für uns arme Leute, ist es schwere Zeit“, sagt die eine. Dann schneidet sie mit einem schweren Senfzer. Die Studenten singen im Chor „Die Nacht am Rhein.“

Das Theater in der Kommandantenstraße brachte ein Drama aus der hohenzollernischen Familiengeschichte, Hermann Burtes „Katte“. So hieß der junge Offizier, der mit dem damaligen Kronprinzen, dem späteren „Friedrich dem Großen“, befreundet war und den bei seinem Frühversterben getrauten Bestand auf Befehl des preußischen Erbprinzen Friedrich Wilhelm I. mit dem Tode büßen mußte. Das Zerwürfnis zwischen Friedrich und diesem brutalen Korporal-Monarchen, der seine eigene Familie eben so despotisch wie seine „Jungen Kerle“ und die Unterleuten überhaupt traktierte, ist neuerdings wiederholt auf der Bühne wie im Film behandelt worden. Und sicherlich bieten die Vorgänge über die auch Friedrichs eigene Schwester, die Markgräfin von Bayreuth, in ihren Memoiren berichtet sensationelle Kontraste und Spannungserfolge. Ein Herrscher, der durch Mißhandlung und Unterdrückung den Sohn zur Frucht treibt, der den Eingefangenen im ersten Jörn hinrichten lassen will und ihn dann, gnädiger gestimmt, zwingt, die Entthronung des Freundes selbst mit anzuschauen, ist auch in der rühmreichen Familiengeschichte der Monarchie eine Seltenheit. Wozu dann obendrein die „patriotischen“ Hintergründe kommen. Die höhere Einheit der Verfeindeten als Diener an der „Größe“ Preußens, der Vater als Schöpfer der Armee, mit welcher Friedrich seine Schlachten schlug. Mit Kunst hat solche Rechnung freilich nichts zu tun.

Das neu hervorgeholte, vor ein paar Jahrzehnten geschriebene Stück macht sich das Stoffliche nicht ungeschickt zunutze. Von irgendeinem ernsthaften Versuche, durch psychologische Ausgestaltung der Tatenhelfer zu interessieren, ist nicht die Rede. Katte spricht amonig ein paar Worte, die auf derlei Intentionen des Autors zu brechen scheinen, aber diese Fäden reichen gleich wieder ab. Am Schluß, vor der Hinrichtung, werden ihm preußische patriotische Sendungen in den Mund gefetzt. Die Szenen wirken wie Bilderbogen aus der preußischen Hofhistorie. Auch die Intrigen, die um die Verheiratung von Friedrichs Schwester spielen, sind nicht vergessen und müssen zu einigen aktuellen Seitenhieben auf englische Politik herhalten. Der Schwerpunkt des Dramas liegt in der Figur des Königs, der bei seiner blutigen, rachsüchtigen Kabinettsjustiz mit dem tödlichen Wahlspruch: „Fiat justitia, pereat mundus“ (es geschehe Recht, und wenn die Welt darunter geht) auftritt. Herr Wolle in brachte die dankbare Rolle vorzüglich zur Geltung. Jugendlich sympathisch gab Clemens Schuber den Leutnant von Katte. Der Beifall des Publikums hatte in seiner Stärke demonstrativen Beigeschmack.

und auf diese Weise die Linke in eine unbequeme Situation zu manövrieren, kommt es zu stürmischen Szenen. Maslow beantragt, den Vorsitzenden seines Amtes zu entheben. Der Antrag wird zurückgenommen.

Am Mittwoch referiert Brandler über die Taktik der Einheitsfront und die Arbeiterbewegung. Er betont einleitend, daß die scharfen Differenzen auf dem Parteitag keine Spaltung der Partei bedeuten. Auch er wendet sich gegen die Linke. Die jüngeren Genossen dürfen die Älten, die eine 20jährige Erfahrung in der Arbeiterbewegung haben, nicht Opportunisten scheuen. Es kommt nicht auf die Steigerung der Parolen an, sondern auf die Kraft der Bewegung, deshalb ist es nicht nötig, immer von der Diktatur des Proletariats zu reden! In den gegebenen Fällen muß Stellung genommen werden, nur so hat die Einheitsfront Sinn. Zur Frage der Arbeiterregierung erklärt er: „Ihr Zustandekommen darf nicht etwa davon abhängig gemacht werden, daß die Arbeiterschaft bereits demotiviert ist. Ebenso wenig dürfen die Kommunisten ihre Herrschaft erst dann antreten, wenn sie die Sozialdemokratie vernichtet haben. In Sachsen ist die Lage jetzt so, daß die Kommunisten bereit sein müssen, mit der SPD, die Macht zu ergreifen und zwar mit den Mitteln, die jetzt vorhanden sind.“

Als Korreferent betont Maslow, Berlin für die Linke: Die kommenden Kämpfe müssen zur Errichtung der Diktatur des Proletariats führen. Wenn diese nicht kommt, dann kommt die Diktatur des Faschismus. Massenbewegung mit dem Ziel der Machteroberung muß die Taktik der Einheitsfront sein, aber nicht die jetzt bestehenden staatlichen Machtmittel dürfen benutzt werden, wie Brandler meint. Vielmehr gilt es, diese zu zerstören. Die Arbeiter müssen sich mobilisieren gegen ihre sozialdemokratischen Führer. Das ist das Gebot der Stunde, vor allem jetzt in Sachsen, sonst kommen unbedingt die faschistischen Vorläufer. Das Ziel der Kommunisten ist die Diktatur des Proletariats und die Räte-diktatur.

In der Diskussion betont Böttcher-Beipzig:

„Die Partei sei bereit, die Verantwortung für die Regierungsbildung auf sich zu nehmen, aber nur gegen die Bürgerlichen, jedoch im Verein mit den Sozialdemokraten.“

Es sind über 35 Diskussionsredner eingetragen, von denen jeder eine andere Auffassung von der Arbeiterregierung dem augenblicklichen kommunistischen Mittelteil hat. Die entscheidenden Abstimmungen haben noch nicht stattgefunden.

Nationalistische Kundgebungen.

Königsberg, 1. Februar. (W.B.) Western in den Abendstunden kam es vor dem Zentral-Hotel am Paradeplatz zu großen Kundgebungen gegen die dort wohnenden französischen Offiziere der alliierten Kontrollkommission. Eine nach Tausenden zählende Menschenmenge hatte sich vor dem Hotel angesammelt und verlangte unter dem Abgehen vaterländischer Lieder den Abzug der französischen Offiziere. Als die erregte Menge sich anschickte, in das Vestibül des Hotels einzudringen, ging die Polizei vor und drängte die Demonstrationen zurück. In der zehnten Abendstunde wurde der Platz vor dem Hotel von der Polizei geräumt, die zu dem Platz führenden Straßen wurden gesperrt. Einzelne geschlossene Trupps zogen noch in den späten Abendstunden singend durch die Straßen. Auch vor dem Hotel Kreuz, in dem Angehörige der internationalen Kontrollkommission untergebracht sind, wurden Kundgebungen veranstaltet.

(Das nächtliche Singen ist für die Beteiligten ungefährlich. Es ist aber auch nicht ersichtlich, wem es irgendwie nützen sollte. D. Red.)

Die Kohlenversorgung Bayerns.

München, 31. Januar. (W.B.) Am Dienstag vormittag fand im bayerischen Handelsministerium eine Sitzung statt, an der etwa 20 führende Persönlichkeiten der bayerischen Wirtschaft teilnahmen und in der die Frage der Kohlenversorgung der bayerischen Industrie zur Sprache kam. Dabei wurde mitgeteilt, daß die bayerische Industrie für etwa drei bis vier Monate mit Kohlen versorgt ist.

Die Wahlpflicht abgelehnt. Die Anträge auf Einführung der Wahlpflicht, die gestern im Rechtsausschuß des Reichstags zur Beratung kamen, sind nicht angenommen, wie heute morgen letztendlich berichtet wurde, sondern gegen wenige Stimmen abgelehnt worden.

Paul Marion aus Gera gastierte im Charlottenburger Opernhaus als Cavaradossi in Tosca. Eine wunderhübsche, italienisch gebildete Tenorstimme lebte sich in igrischen Schönen wohl. Doch trägt das Organ, das sich im Konzert so voll ausnahm, nicht weit. Auch ist Marion wohl an der kleinen Bühne in Gera daran gewöhnt worden, mit seiner Stimme hauszuhalten. In Charlottenburg hörte man stellenweise sehr wenig, zumal das Orchester fürchterlich loslegte. Eine gewisse Schlichtheit im Anfangsspiel legte sich bald, so daß die Anklage im zweiten Akt sehr dramatisch gelang. Noch ein paar Jahre Routine und Marion könnte in Charlottenburg mit Laubenthal alternieren. Frau Salomati als Tosca ist auch in mittlerer Reife sehr tüchtig. Die gemächliche Unfehlbarkeit des Scarpia aber wäre selbst für die Sommerzeit nicht verwundbar. Ein schlechter Rund bedeutet noch nicht Charakterisierung. Gäste genug haben ihn gespielt. Ein bißchen besser imitieren!

Eine Temperatur von 20 000 Grad! Der amerikanische Physiker A. A. Anderson hat ein Verfahren erfunden, das gestattet, Temperaturen zu erreichen, die die Sternentemperaturen noch übersteigen. Das Verfahren besteht darin, daß man einen elektrischen Kondensator von hoher Kapazität auf eine Spannung von 20 000 bis 100 000 Volt lädt, und ihn dann durch einen äußerst feinen Draht plötzlich entläßt. Dabei leuchtet der Draht einmal in blendender Helle auf und zerfällt zu einem Dampf, der eine Temperatur von mehr als 20 000 Grad erreicht. Diese Temperatur läßt sich sowohl aus der Lichtstärke bestimmen, als auch aus dem hohen Druck, den das Gas auf die Wände des Gefäßes ausübt, in das der Draht eingeschlossen ist. Photographische Aufnahmen mit dem Drehspeigel haben ergeben, daß die Explosion nur etwa 1/100000 Sekunde dauert. Die mechanischen Wirkungen sind außerordentlich. In dem Augenblick, in dem der Draht explodiert, zerplatzt das Gefäß in tausend Stücke, und wenn das Gefäß mit Wasser gefüllt ist, so zerfällt auch dieses vollständig. Zwei amerikanischen Physiker, L. W. Bendit und Clarence E. Irion, gelang es, diese Explosion in besonders für diesen Zweck hergestellten Glasgefäßen von etwa 300 Kubikzentimetern Rauminhalt auszuführen, die durch den Druck nicht zerstört wurden, und es somit gestatteten, die entstandenen Gase zu untersuchen.

Am Deutschen Theater muß die für heute angelegte Vorstellung von „Kadale und Liebe“ ausfallen. In den Kammerpielen geht in Veränderung des Spielplans Freitag „Das Glas Wasser“ in der Premierenaufführung in Szene.

In der Tribüne findet die angelegte Aufführung von der „Gedanke“ von Andrejew Dienstag, 6. d. M., statt.

Zu dem Mittagskonzert der Staatsoper (veranstaltet Sonntag 11^{1/2} Uhr zum Besten der bedrängten Deutschen am Rhein und Ruhr zu erwünschten Preisen) lautet das Programm: Symphonie-Ouverture von Beethoven, Am Treibhaus, Schwanen, Träume von Richard Wagner, Sinfonia domestica von Richard Strauß, Solistin: Karin Franzell.

Ocean-Reise. Der Dampfer „Rajestic“, der frühere „Bismarck“, hat, wie „Berst, Reeder, Hagen“ mitteilt, einen neuen Schnellfahrrekord aufgestellt. Er hat die Fahrt von New York nach Cherbourg, eine Strecke von 3100 Seemeilen, in 5 Tagen, 6 Stunden und 13 Minuten zurückgelegt. Damit ist die „Rajestonia“ geschlagen, die die gleiche Strecke in der bisher kürzesten Zeit von 5 Tagen, 8 Stunden und 9 Minuten bewältigte.

Passage défendu.

Von Hans Wefemann.

Mittelalterlich bunte mit verfallenden Mauern und angelegten Häuschen steht der Burgfels von Breisach hoch über dem jungen Rhein, der zischend und sprudelnd seine eisengrauen Wellen über Sandbänke und Riffe talwärts fließt. Schwere Schneewolken ziehen langsam vom eisfässigen Ufer herüber, sie streifen fast die Häupter der hohen Uferpappeln und lassen nur einen feinen Schleier auf den fernem Schnee der Bogen. Der Schwarzwald ist verborgen unter lastendem Nebel, Rüsse und trübfinnisches Schweigen liegt auf dem gesegneten Weinlandchen des Kaiserstuhls, und die kleine Stadt, die wie eine Reinhardtische Theaterdekoration wirkt, gibt keine Erinnerung mehr an einen Sommer voll immerwährender Sonne und seinem Duft von jungem Wein und Blumen.

Drüben, sehr nahe, liegt das Elß. Durch gewundene Gassen steigt man zum Ufer nieder. Der Rhein liegt versteckt hinter Beltrupp und Uferbäumen, erst unmittelbar vor der breiten Pontonbrücke sieht man ihn. Er ist leer, nicht der kleinste Kahn ist zu sehen, auch die Ufer sind verlassen. Eine kleine Holzbrücke am deutschen Ufer dient als Zollstation. Aber der Wächter hat gute Tage und kann in aller Ruhe seine Pfeife rauchen, man nimmt ihn nicht oft in Anspruch. Drüben liegen einige Schuppen und Häuser, aber man sieht keine Leute dort, nur ein einziger, einsamer „Poilu“ steht am Ufer und philosophiert mit friererender Nase. Sonst ist wenig vom feindlichen Ausland zu entdecken und kein handgranatenschwingender Sentinelle hindert einen Spaziergang nach drüben. Aber stärker als alles andere ist eine einfache Holzstange, die vor den Eingang der Brücke gezogen ist. Ein kleines Schild hängt an ihr mit der Aufschrift: „Passage défendu!“ Durchgang verboten! Ja wohl, das ist es: Hüben und drüben Millionen von Menschen, die zueinander möchten, aber die unbegreifliche Weisheit einer hohen Macht hängt ein Holzstäbchen auf: „Durchgang verboten!“ Und siehe da, niemand geht hinüber. Es sei denn, um einander zu massieren. Warum? Weil es verboten ist oder, meinetwegen auch, weil es befohlen wird. Poincaré und Ludendorff, ihr seid Brüder im Geiste, reicht euch die Hand.

Aber nochher sieht man allein in dem hohen Winter, es ist dümmlich hell, von der Dugel her dringt verlorenes Spiel, und in unbeherrschter klarer Schönheit lächelt eine hohe Madonna aus ihrem Rahmen herab. Sie weiß es, das Spiel bleibt immer dasselbe. Immer wieder muß der Geist den Kampf gegen die Gewalt aufnehmen, aber über Tod und Zerstörung hinweg nimmt das Leben seinen Gang.

Nachher fährt man im rumpelnden Zuge nach Freiburg zurück. Studenten mit bunten Kappen lärmten und sind sehr patriotisch. Ein paar gutgenährte Bauern erzählen von Schweinepreisen und

Keine Abberufung Lord Abernons!

Eine tendenziöse Meldung der „Daily Mail“.

Die durch und durch französische „Daily Mail“ meldet heute früh in positiver Form die Abberufung des englischen Botschafters in Berlin Lord Abernon und seine Ersetzung durch Sir William Tyrrell, der in Paris, vielleicht sehr zu Unrecht, als der eigentliche franzosenfreundliche Leiter der englischen Außenpolitik gilt.

Diese Nachricht wäre von außerordentlicher Bedeutung, wenn sie richtig wäre. Denn Lord Abernon wird von der offiziellen französischen Presse seit Monaten mit grenzenlosem Haß verfolgt und seine Abberufung wird in den Pariser Blättern fast täglich gefordert. Wie uns aber von hiesiger, bestunterrichteter englischer Seite versichert wird, ist an dieser Meldung nicht ein wahres Wort. Da die Nachricht von „Daily Mail“ lanciert sei, zeige sie alle Merkmale eines tendenziösen Versuchsballons im Sinne der Pariser Politik. „The wish is father of the thought“ — Der Wunsch ist der Vater des Gedankens, wurde treffend hinzugefügt.

Die englische Schuldentilgung.

London, 1. Februar. (WZ.) Reuter meldet amtlich: Die britische Regierung hat die amerikanischen Bedingungen wegen Rückzahlung der britischen Kriegsschulden an Amerika angenommen. Die Bedingungen lauten: 3 Proz. Zinsen während 10 Jahre, danach 3½ Proz., ferner eine Abschlagszahlung von ½ Proz. und Rückzahlung der gesamten Schuld binnen 62 Jahren.

London, 1. Februar. (WZ.) Im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses steht der in der gestrigen Sitzung des britischen Kabinetts gefasste Beschluß, die amerikanischen Bedingungen für die Fundierung der englischen Schuld anzunehmen. Die Blätter heben den in den Vereinigten Staaten hervorgerufenen günstigen Eindruck hervor. Laut „Daily Chronicle“ ist auch die Londoner City darüber befriedigt, daß das britische Kabinett ohne Verzug den Bedingungen zugestimmt hat. „Westminster Gazette“ zufolge beträgt der durchschnittliche Zinsfuß beinahe 4 Proz., während die jährlichen Zahlungen etwa 31 Millionen Pfund Sterling ausmachen werden. Man erwartet, daß der amerikanische Senat die Bedingungen gutheißen wird.

Absage an die Arbeiterpartei.

London, 1. Februar. (WZ.) Bonar Law hat dem Führer der Arbeiterpartei Ramsay MacDonald auf dessen im Namen der parlamentarischen Arbeiterpartei gestellten Ersuchen, das Parlament vor dem 13. Februar einzuberufen, um eine Besprechung der Ruhrfrage zu ermöglichen, geantwortet, daß er diesem Ersuchen nicht stattgeben werde.

Kohlennot in Frankreich.

Eine Folge der Ruhrbesetzung.

Paris, 1. Februar. (WZ.) Die unter dem Namen Société des Cokes des Hauts-Fourneaux tätige französische Kohlenverteilungsorganisation beliefert mit Hilfe der deutschen Kohlenzufuhr auf Grund des Friedensvertrages die französischen Werke bis zu 40 bis 50 Proz. ihrer Aufnahmefähigkeit zu Vorzugspreisen. Der Kokspreis bis zu dieser Grenze war für Februar dieses Jahres ursprünglich auf 110 Franc pro Tonne angesetzt, während die darüber hinausgehenden Lieferungen mit 155 Franc berechnet werden sollten. Diese Preise sind, wie „Journée Industrielle“ mitteilt, jetzt annulliert und auf 150 bzw. 200 Franc heraufgesetzt worden. Das gleiche Blatt erfährt aus Lille, daß die Regierung sich mit den Kohlengruben in Nordfrankreich darüber verständigt hat, daß diese, bevor der Bedarf der übrigen Kunden befriedigt wird, die Eisenbahngesellschaften beliefern, vor allem das Nord- und Ostbahneisen, die bisher ihre Kohle zum größten Teil aus dem Ruhrgebiet erhielten, die Staatsbahnen und die Eisenbahngesellschaft Paris—Orleans. Die Südbahngesellschaft, die Eisenbahngesellschaft Paris—Lyon—Mittelmeer sind erlaubt worden, sich bis zur Wiederherstellung der Ordnung im Ruhrgebiet ihre Kohle in England zu verschaffen. Die französischen Kohlengruben sind infolgedessen genötigt, die Lieferungen an ihre früheren Kunden soweit einzuschränken, daß auch diese zum Teil auf Importkohle angewiesen sind. Die Eisenwerke der Gegend von Lille müssen sich so kurzzeitig mit 50 bis 60 Proz. ihres bisherigen Bezuges aus den nordfranzösischen Gruben begnügen.

Rheinland und Frankfurt.

Paris, 31. Januar. (GZ.) Dem Ministerrat wohnte heute der Finanzsachverständige Lannery bei, der aus Düsseldorf gekommen war, um über die Frage des neuen Geldes Bericht zu erstatten. Lösungen seien in Sicht. Lannery kehrt heute nach Düsseldorf zurück. De Lasterie erklärte dem „Echo de Paris“, der Sturz des Franc sei auf auswärtige Börsenspekulationen zurückzuführen. Doch sei der Finanzminister persönlich überzeugt, daß noch heute ein Umschlag erfolgen werde.

Japanische Gewerkschaften protestieren.

Hamburg, 31. Januar. (WZ.) Nach einem hier eingetroffenen Kabeltelegramm aus Tokio haben am 27. Januar die Delegationen von mehr als 30 japanischen Gewerkschaften versucht, vor der französischen Botschaft in Tokio gegen die Besetzung des Ruhrgebiets zu demonstrieren. Die Ansammlungen wurden von der Polizei zerstreut.

Die gefestigte Abfindung der Wittelsbacher. Die Verhandlungen zwischen dem früheren bayerischen Königssohn und der bayerischen Regierung über die Abfindungssumme sind zum Abschluß gekommen. Der Gesetzentwurf über das Abfindungsgesetz wird in den nächsten Tagen dem Landtag zugehen.

Devisenkurse.

	1. Februar		31. Januar	
	Käufer (Geld) Kurs	Verkäufer (Brief) Kurs	Käufer (Geld) Kurs	Verkäufer (Brief) Kurs
1 holländischer Gulden	16350.—	16441.—	19276.88	19378.32
1 argentinische Papier-Peso	14982.50	15067.50	17908.12	17964.88
1 belgischer Franc	2144.62	2155.88	2543.62	2556.38
1 norwegische Krone	7890.75	7719.25	8952.56	8997.44
1 dänische Krone	7890.25	7919.75	9251.81	9298.90
1 schwedische Krone	11072.75	11127.25	13087.25	13132.75
1 finnische Mark	1085.40	1040.60	1177.05	1182.95
1 japanischer Yen	20199.87	20300.83	22398.87	22560.18
1 italienische Lire	1960.08	1960.92	2304.22	2315.78
1 Pfund Sterling	192517.50	193482.50	226931.25	228068.75
1 Dollar	41396.25	41603.75	48477.50	49122.50
1 französischer Franc	2453.85	2466.15	2877.78	2892.22
1 brasilianischer Milreis	4688.26	4711.74	5286.87	5293.13
1 Schweizer Franc	7790.50	7819.50	9117.15	9165.85
1 spanische Peseta	6448.88	6481.12	7471.27	7508.73
100 österr. Kronen (abgest.)	57.85	58.15	66.18	66.47
1 tschechische Krone	1177.05	1182.95	1348.62	1353.88
1 ungarische Krone	15.71	15.79	18.05	18.15
1 bulgarische Leva	251.37	252.69	274.31	275.69
1 jugoslawischer Dinar	379.05	380.95	416.45	418.55

Für Ausbau des Reichsmietengesetzes

In einer sehr stark besuchten Versammlung der zur Partei gehörenden Mietervertreter aus Groß-Berlin sprach Reichstagsabgeordneter Genosse Kuhn über das Reichsmietengesetz in der Praxis. Anknüpfend an die durch die Ruhrbesetzung noch verschärfte Notlage des deutschen Volkes wies er darauf hin, daß die nächste Zeit eine neue Erschwerung des Wohnungsbauens und daher eine weitere Steigerung der Wohnungsnot bringen wird.

Der Redner gab einen kurzen Überblick über die Mieter-schutzgesetzgebung, die im Werden ist und das alte Verhältnis des Mieters zum Hauswirt vollständig umgestalten will. Zu der von den Hauswirten angestrebten Wiederaufrichtung der freien Wohnungswirtschaft darf und wird es nicht kommen, wenn das Proletariat, dem die Sozialisierung des gesamten Wohnungswezens als Ziel vorstehet, sich seiner Aufgabe bewußt bleibt. Das Reichsmietengesetz, das mit dem Mieterschutz einen Anfang macht, ist das Ergebnis eines leider notwendig gewordenen Kompromisses. (Zuruf: So sieht es aus!) Am schärfsten bekämpften es aber die Hausbesitzer, woraus die Mieter folgern können, wie un bequem es dem Hausbesitz doch sein muß. (Zustimmung.) Dank dem Reichsmietengesetz kann heute, sagte Genosse Kuhn, wenigstens bei bebauten Wohngrundstücken von einer wirklichen Bodenrente nicht mehr geredet werden, da es die Verzinsung des in ein Wohnhaus hineingesteckten eigenen oder fremden Kapitals nicht in Gold, sondern nur in Papier ermöglicht. Dafür fallen dem Mieter

die Kosten des Hausbetriebes und der Instandsetzung zur Last. Hier muß durch Gesetzgebung und Gesehsausführung sowie durch Wachsamkeit der Mieter selbst vorgejagt werden, daß nicht Ausgaben und Zuschläge die Mieter erdrücken. Die erst nach 1914 zugezogenen Mieter müssen zum Schutz vor Ueber-vorteilung besonders auf richtige Festsetzung der Grundmiete achten, weil nach ihr alle Zuschläge bemessen werden. Die Betriebskosten dürfen nicht zu unerschwinglichen Summen ansteigen, darum muß auf möglichste Niedrighaltung der öffentlich-rechtlichen Abgaben (z. B. Grundsteuer) und der Gebühren für Wasser, Licht usw. hingearbeitet werden. Dasselbe gilt von den Kosten der großen und laufenden Instandsetzungen, so sehr es bei dem jetzigen Zustand der meisten Häuser zu wünschen wäre, daß mit bedeutenden Aufwendungen und dann auch entsprechend hohen Zuschlägen endlich einmal die Schäden beseitigt würden. Die Mietervertretung überwachet die Verwendung der Zuschläge, aber dazu ist Sachkenntnis erforderlich, auf die bei der Auswahl der Vertreter geachtet werden muß. (Zustimmung.) Der Referent ging hier näher auf den in der Mieterbewegung noch herrschenden Irrtum ein,

dessen Planlosigkeit den Interessen der Mieterschaft nur schadet. Er forderte eine organisatorische Zusammenfassung in ganz Deutschland. (Lebhafte Zustimmung.) In einer Besprechung mit dem Deutschen Mieterbund (Sitz Dresden) hat

der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund seine Mitarbeit versprochen.

doch sollen die spezifischen Mieterangelegenheiten den Mieterorganisationen überlassen bleiben. Zur Frage des Mieterstreiks warnte Genosse Kuhn davor, bei jeder Kleinigkeit nach dieser Waffe zu rufen. Im äußersten Fall werde man auch sie anwenden müssen, aber darüber dürfe man nicht im Zweifel sein, daß ein Mieterstreik sich sehr viel schwerer als ein gewerkschaftlicher Streik durchführen läßt. (Allseitige lebhaftige Zustimmung.) Der Redner schloß mit der nochmaligen Mahnung, sich mit dem ADGB immer mehr vertraut zu machen und die richtige Verwendung der Zuschläge zu kontrollieren. Abfinden müsse sich aber der Mieter damit, daß bei der allgemeinen Steigerung aller Preise auch die Aufwendungen für die Wohnung nicht so bleiben konnten wie sie in der Zeit vor dem Kriege waren. Die Ueber-treibung, die sich dieser Lastfrage verschreibt, sei bei Lichte gesehen Arbeit für die Hausbesitzer und ihr Ideal der freien Wohnungswirtschaft, Arbeit gegen das Proletariat und unser Ziel einer Sozialisierung des Wohnungswezens. (Lebhafte Beifall.)

Ueber die Ausführungsbestimmungen des Berliner Magistrats zum ADGB referierte dann Genosse Dziend als Vertreter des deutschen Mieterbundes. Aus seinen lehrreichen Darlegungen, die sich auf diese Einzelheiten erstreckten, sei hier nur hervorgehoben, daß er die Berliner Bemessung der Grundmiete auf 80 Proz. der Friedensmiete als eine Schädigung der Mieter tadelte. Bei besonderen Einrichtungen eines Hauses, wie z. B. Müllabfuhr, Treppenbeleuchtung usw., die in Großstädten zu den Notwendigkeiten gehören, können noch weitere 10 Proz. von der Friedensmiete abgezogen werden, so daß die Grundmiete sich auf 70 Proz. ermäßigt. Berlin hat das unterlassen, mußte es aber nachholen. Auch Dinge wandle sich gegen die fortgesetzte Erhöhung der öffentlichen Abgaben, die den Mietern zur Last fallen.

In der sich anschließenden Diskussion wurde von verschiedenen Rednern die Notwendigkeit der Mieterorganisationen betont. Genosse Kuhn sagte in seinem Schlußwort das Ergebnis der Besprechung dahin zusammen, daß die Arbeiter-schaft nicht gegen das ADGB, sondern für den Ausbau dieses Gesetzes einzutreten hat. Es geht um die ganze Lebenshaltung des Proletariats, das bei Rückkehr zur freien Wohnungswirtschaft sehr viel höhere Aufwendungen für die Wohnung machen müßte und dann von unerträglichen Mietssteigerungen die schlimmste Verelendung zu erwarten hätte.

Der Preiswahn Sinn.

Die Zette an der Spitze.

Der Dollarstand von einigen zehntausend Papiermark hat seine Wirkung am gestrigen Lebensmittelmarkt gezeigt. Wie immer, so sind es wieder die Fettwaren, die am meisten den hohen Dollarstand zu spüren bekommen. Sie haben im Preise sehr stark angezogen.

Für Margarine wurde in der Zentralfmarkthalle bis zu 4000 M. das Pfund gefordert, während die billigste, also die geringste Sorte, mit 2900 M. bezahlt werden mußte. Schweine-schmalz und Raturbutter war selten zu haben, denn sie stellen ja zwei der wichtigsten Spekulationszette dar. Erst wenn der Dollar weiter steigt, werden diese Sachen sichtbar werden und mit Preisen ausgezeichnet sein, die der „kaufmännischen Lächer-lichkeit“ alle Ehre machen und bei den Hausfrauen eine nur zu be-rechtigte Entrüstung erzeugen. Hier und da war Schweine-schmalz mit 6500 M. und Raturbutter mit 5000 M. pro Pfund ausgepreist. Damit ist bis jetzt der höchste Preis erreicht worden. Schmalz wurde infolge des etwas geringeren Butterpreises kaum gekauft und die winzigen Buttermengen, die angeboten wurden, waren bald verschunden. Dagegen gab es Cocosfett in großen Mengen und kostete durchschnittlich 3800 M. pro Pfund. Rin-der-talg lagerte in großen Quantitäten auf den Verkaufstischen und war mit 4000 bis 4300 M. ausgezeichnet. Es fanden sich dafür aber ebenfalls nur wenige Käufer. Am Dienstag noch zahlte man etwa 500 Mark weniger pro Pfund. Das Steigen des Dollars verurteilt nach Ansicht der „Fachleute“ den hohen Fettpreis. Das Sinken kann aber nach Ansicht derselben „Fachleute“ ein ebenso schnelles Fallen der Preise nicht nach sich ziehen, denn... aber dafür gibt es ja tausend Gründe, die alle wohlfeil, d. h. das einzigste Billige bei dem ganzen Handel sind.

Seit einigen Tagen werden die sprunghaften Preis-steigerungen auf dem Berliner Schweinemarkt von der Preis-prüfungskommission verfolgt, und auf die Initiative dieser Behörde ist es zur Aufklärung, daß die Wucherpreise ein größeres Aufgebot von Beamten nach dem Viehhof entsandt hat, um an den Markttagen den Verkauf zu überwachen. Ebenso ist die Polizei von der Preis-prüfungskommission ersucht worden, Sorge dafür zu tragen, daß die nach Berlin gelieferten Schweine auch unbedingt auf dem Berliner Vieh-hof zum Verkauf bleiben und nicht wieder anderweitig zur Er-zielung noch höherer Preise verhandelt werden.

Um das Funkenmonopol.

Ein Kampf um den Profit.

Im Rahmen eines an sich unscheinbaren Zivilprozesses spielte sich vor der Patentkammer des Landgerichts I ein Prozeß ab, der für die Öffentlichkeit von Interesse ist. Hinter den beiden Parteien, die sich gegenüberstanden, verbargen sich mächtige Industrie-gruppen, die in der Frage, ob die Funkenentelegraphie in Deutschland dieselbe Freiheit genießen soll wie in Amerika, England oder Holland, einander heftig be-fehden. Dieser unter der Oberfläche geführte Kampf gewinnt noch besondere Bedeutung durch die Stellungnahme des Reichspost-ministeriums, das im Gegensatz zu den Postverwaltungen der ge-nannten Länder der Freizügigkeit des Funkenverkehrs das Monopol einiger weniger Firmen im Funkenverkehr entgegenzehen will.

In Deutschland besteht eine ministeriell zugelassene „A. u. d. junf G. m. b. H.“, die von den Firmen Huth, Lorenz und Tele-funken gebildet wird. Diese Gesellschaft soll das Recht haben, Vor-träge, Konzerter usw. mit ihren Aufnahme- und Sendearrangementen weiterzuleiten, so daß beispielsweise eine große Gesellschaft in einem beliebigen Saal in Berlin eine Opernaufführung in Dresden mit anzuhören vermag. Eine andere Industrie-gruppe, an deren Spitze die deutsche de Forest A.-G. steht, bemüht sich dagegen, die Genehmigung zu erhalten, drahtlose Hörapparate an Privatleute abzugeben, die dann in ihrem Heim die Vorteile der drahtlosen Uebermittlung genießen können. Der technische Leiter der de Forest-Gesellschaft ist ein im internationalen Funkwesen be-rühmter Fachmann Dr. S. Löwe, gegen den sich jetzt eine Klage der Monopolfirma Huth richtet. Dr. Löwe hatte mit der Firma Huth einen Vertrag geschlossen, nach dem er seine für die technische Funkenentelegraphie zu machenden Erfindungen der Firma abzutreten hatte, während es ihm freistehen sollte, die Erfindungen, die die sogenannten Vehr- und Amateurfunkapparate betrafen, für sich zu vermerken. Dr. Löwe löste später seinen Vertrag mit der Huth A.-G. und trat bei der de Forest-Gesellschaft ein. Die Klägerin verlangt nun, daß durch einstweilige Verfügung Dr. Löwe bei Androhung einer Haftstrafe von je sechs Wochen verboten werde, für die de Forest-Gesellschaft tätig zu sein, da diese Gesellschaft für

sie eine Konkurrenzfirma sei. Der Vertreter des beklagten Dr. Löwe erklärte, es handle sich in diesem Prozeß um den Kampf, der mit dem Monopol für die Funkenentelegraphie ausgestatteten Firmen gegen die gesamte andere deutsche Industrie, der die Mi-tarbeiter Dr. Löwe, der etwa 180 Patente für Funken-entelegraphie besitze, äußerst wertvoll sei. Das von der Post einem kleinen Firmenkreis übertragene Monopol im Tele-funkenverkehr sei eine große Gefahr für die Öffentlichkeit und das Nachrichtenwesen. — Die Patentkammer wird das Urteil in diesem Prozeß in einigen Tagen fällen.

Konjunktionsgenossenschaftsmitglieder! Heute (Donnerstag) 6 Uhr Generalversammlung im Saalbau Friedrichshain, Am Friedrichshain 16—23. Kein Genossenschaftler darf fehlen. Nur eingeschriebene Mitglieder gegen Vorweisung des Mitgliedsbuches haben Zutritt.

Die Litschjähulen als Gesicht der Weistadt. Die unter dreier Ueber-schrift im heutigen Morgenblatt befindlichen und nicht zum Thema gehörenden Zeilen (Die weisse Weistadt usw.) sind natürlich nur durch ein technisches Versehen an diese Stelle gelangt.

Das ober-schlesische Grubenunglück.

Bisher 110 Todesopfer.

Zu dem Grubenunglück auf der Heiniß-Grube bei Beuthen wird mitgeteilt, daß bis gegen 9 Uhr vormittags 110 Tote geborgen waren, die sämtlich in das Knappschafts-lazarett geschafft worden sind. Es wird befürchtet, daß noch weitere 40 bis 50 Tote in der Grube liegen. Am Mittwoch gelangte die Rettungs-kolonne bis kurz vor die Unfallstelle. Sie mußte sich aber wieder zurückziehen, da diese dicht mit Gasen gefüllt war. Der Förderbetrieb auf der Grube ist bisher noch stillgelegt. Am Unglücks-ort spielen sich herzzerreißende Szenen ab. Zahlreiche Familien sind ihres Ernährers beraubt.

Fleischvergiftungen in Freienwalde.

Fünf Personen gestorben.

Wie aus Freienwalde a. d. O. gemeldet wird, sind dort in den letzten Tagen eine ganze Reihe von Vergiftungs-erkrankungen nach dem Genuß von Pferdefleisch aufgetreten. Soviele bisher fest-gestellt, sind die Erkrankungen nach dem Genuß von gestohlenen Fleisch entstanden, das von einem mißtrauischen Tier stammen soll. Bisher sind 5 Personen gestorben, darunter 3 Kinder. Die Toten sollen zur genaueren Feststellung der Todesursache nach Berlin transportiert werden. Die Gesamtzahl der Erkrankungen in Freien-walde befreit sich auf etwa 200—300 Personen. Davon mußten einige im städtischen Krankenhaus untergebracht werden, da bei ihnen Lebensgefahr besteht. Die Ermittlungen der Freienwalder Polizei haben bisher ergeben, daß der Verkäufer des Pferdefleisches ein hochblättriger Reichsweil ist, der nichts davon gewußt haben will, daß das geschlachtete Pferd mißtrauisch war. Die ganze Stadt befindet sich in großer Aufregung. Die Untersuchungen werden mit Hilfe der Berliner Kriminalpolizei und Sachverständiger aus Berlin zur Stunde noch fortgesetzt.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Mild, überlegend trübe und etwas neblig mit weiteren Regenschauern und ziemlich starken westlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

21. Okt. Heute abend 7 Uhr wichtige Besprechung der Ortsvereine und Funktionäre der KPD, Altes Theater Str. 21. Die Funktionärsausweise können abgegeben werden.

Sport.

Die gekürzten Boxkämpfe im Sportpalast brachten ein paar interes-sante Gegenüberstellungen deutscher Boxer. So stellte sich dem neuge-borenen Weltgewichtsmeister Ernst Grimm der jugendliche, im ge-schicklichen Kämpferkampf verbarende Dreißig-jährige, Grimm blieb Sieger nach Punkten mußte aber, besonders in den letzten der acht Runden, einiges einleiden. Einen guten Kampf lieferten auch Naujoks-Domärgen-Röhl. In acht Runden bewies Naujoks sein Drauf-gänger-tum ohne jedoch alle Situationen genügend auszunutzen. Auch Domärgen bewies in der 7. und 8. Runde gute Schlagkraft, so daß der Kampf unentschieden endete. Auch der Kampf Hagenstabler-Stat-gart, H 551-Röhl blieb unentschieden, zählte aber H 551 zeitweise im Vor-teil. Der Kampf Steiffen-Düffeldorf gegen Hagen-sen-Düne-mark endete sehr schnell durch einen Niederschlag, der den imparitätlich kämpfenden Dünen in der 1. Runde tötete. Im Kampf Tomfovia-t-Offen gegen Kirschbaum-Röhl errang Tomfovia-t einen Punktsieg. In einer kurzen Kampfpause wurden über 16 Millionen Mark an Spenden für das bedrängte Ruhrgebiet aufgebracht, bei welcher Gelegenheit eine be-rühmte Gumbina einen Kuss an einen Amerikaner für 100 holländische Gulden verkaufte. Das war Theater für das gefüllte Haus.

